



Demokratie als Notwendigkeit und Programm

Dieser Beitrag ist eine Arbeitsgrundlage für den Diskurszyklus ›Mehr Demokratie!‹, den das Denknetz im Sommer 2015 angestossen hat. Er steckt den inhaltlichen Rahmen für die anstehenden Diskussionen ab. Der Text ist in der Denknetz-Kerngruppe ausführlich diskutiert worden. Für seine Aussagen sind jedoch einzig die drei zeichnenden Autoren verantwortlich.

Demokratie ist ein weites, mehrdimensionales und umkämpftes Konzept. Für sehr viele Menschen ist der Begriff positiv besetzt, auch wenn die Vorstellungen, wie die bürgerlichen, rechtsstaatlich abgesicherten Demokratien tatsächlich funktionieren (oder eben auch *nicht* funktionieren), oftmals eher vage sind und markant variieren. In der Schweiz sind viele Leute stark mit der direkten Demokratie und einer langen republikanischen Tradition verbunden. Auf der anderen Seite gibt es aber auch viele, die die real existierende Demokratie für eine Fassade halten, was sich in der verbreiteten Floskel ausdrückt, wonach »die in Bern sowieso machen, was sie wollen«. Seit Jahren wird eine breite Debatte über Grenzen und Probleme der real existierenden Demokratien geführt, und Stichworte wie ›Postdemokratie‹, ›Globalisierungsdefizite‹ oder ›Globalisierungsprobleme‹ machen diesbezügliche Defizite deutlich.

Die neoliberalen Kräfte arbeiten seit Jahrzehnten darauf hin, den Spielraum der Politik einzuschränken: durch eine Stärkung der Macht internationaler Konzerne und Finanzmarktakteure, durch eine Politik der deregulierten Globalisierung und durch eine Vermarktung des politischen Geschehens selbst. In vielen Ländern inszenieren sich gegenwärtig rechtsnationale Kräfte als vermeintliche Antwort auf diese

Entwicklungen und als die »wahren Demokraten«. Allerdings wird dabei eine völkisch konnotierte Auffassung von Demokratie gepflegt, und im Hinblick auf die demokratischen Rechte und die Menschenrechte erweist sich das neokonservative Demokratieverständnis als rudimentär. In manchen Fällen (wie z.B. bei der SVP) wird auch versucht, ein ultralibe-

Roland Herzog

Ökonom und Soziologe, ehemaliger Unia-Sektionsleiter in Bern.

Beat Ringer

ist geschäftsführender Sekretär des Denknetz.

Pascal Zwicky

ist SPS-Sekretär für Grundsatzfragen und Mitglied der Denknetz-Kerngruppe.



rales Programm mit einem nationalkonservativen Programm zu kombinieren.

Der Linken wiederum fehlt es seit Jahren, ja Jahrzehnten, an einem breit verankerten gesamtgesellschaftlichen Projekt, das sie dem neoliberalen Kapitalismus entgegensetzen und mit dem sie wieder in die Offensive gelangen könnte. An so unterschiedlichen Diskussionen wie derjenigen zu Europa, zum Sozialstaat, zur Steuerpolitik oder zur Unternehmensmitbestimmung zeigt sich deutlich, wie stark sich der hegemoniale Rahmen zugunsten der neoliberalen und neokonservativen Kräfte verschoben hat. Neben der bereits angesprochenen Debatte um die ›Postdemokratie‹ beschäftigen sich immer mehr Leute auch mit der Frage, wie denn eine andere, eine »wirkliche« Demokratie auszusehen hätte. Unser Anliegen ist es, die Leitidee der *Demokratie* als Kern eines umfassenden politischen Konzepts und eines tragfähigen gesellschaftlichen Projektes zu fassen. Angesichts der multiplen Krisen und der wachsenden Instabilität des Kapitalismus erachten wir die Weiterentwicklung der Demokratie als Notwendigkeit, damit die Verheissungen, die heute weltweit mit dem Begriff der Demokratie verbunden werden (Wohlstand, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung etc.), auch tatsächlich erfüllt werden können.

Die Autoren haben versucht, den Stand der aktuellen Debatten und der eigenen Überlegungen nach bestem Wissen und Gewissen zu verarbeiten und wiederzugeben. Es ist klar, dass sich der Text weiterentwickeln muss und wird. Ein konkreter Anlass zur Überarbeitung ist ein Denknetz-Buch zum Thema, das im Vorfeld des geplanten Demokratiekongresses im Herbst 2016 erscheinen soll. Auf einen wissenschaftlichen Apparat (Literaturhinweise und Zitate) wurde in diesem Beitrag verzichtet.

Das vorliegende Arbeitspapier ist bewusst als Übersichts- und Orientierungstext konzipiert, der Verbindungen zwischen verschiedenen Themenfeldern schafft. So wie wir die Thematik der Demokratie angehen, geht es ums Ganze. Kaum ein Gesellschafts- und Lebensbereich, der aus dieser Sicht nicht auch interessant und relevant wäre. Dieser Ansatz impliziert zwei Dinge: Einerseits können viele der angesprochenen Aspekte nicht im Detail diskutiert werden. Vertiefungen sollen im erwähnten Buch zur Demokratie Platz finden. Andererseits stellt die Gliederung des Textes eine grosse Herausforderung dar. Wir haben uns für eine Struktur entschieden, aber auch andere wären möglich. Nachdem im ersten Abschnitt versucht wird, ein progressives Verständnis von *Demokratie* zu skizzieren, steht in Kapitel II der unserer Meinung nach heute zentrale Widerspruch zwischen *Demokratie* und Kapitalismus im Vordergrund.



Auch in den weiteren Kapiteln zu Komplexität und Bildung, Menschenrechten, Interessengegensätze und Staat, Globalisierung und Europa werden immer wieder Bezüge zu aktuellen politischen Fragen hergestellt und teilweise durch Forderungen ergänzt.

I. *Demokratie*: Ein umkämpfter Begriff

Demokratie ist ein Schlüsselbegriff, der von praktisch allen politischen und gesellschaftlichen Strömungen beansprucht wird. Entsprechend strittig und umkämpft sind die damit verbundenen Vorstellungen, Werte und Konzepte. Wir verwenden den Begriff der *Demokratie* im emanzipatorischen Sinn als ein prozessorientiertes Ensemble von Rechten, Strukturen und gesellschaftlichen Praxen, dank derer die Menschen in der Lage sind, die gesellschaftlichen Verhältnisse aktiv nach ihren Vorstellungen zu gestalten. *Demokratie* ist die kollektive Verwirklichung positiver Freiheit, sie ist das moderne Versprechen, dass Betroffene mitentscheiden können. Wenn wir im vorliegenden Text *Demokratie* kursiv setzen, dann beziehen wir uns auf dieses Verständnis.

Demokratie gelingt nur, wenn sie die Gesellschaft als Ganzes erfasst, insbesondere auch die ökonomischen Verhältnisse. *Demokratie* greift damit weit über die staatliche und politische Sphäre hinaus. Voraussetzung dafür ist ein Konzept des Eigentums, das sich an der gesellschaftlichen Verantwortung und am Gemeinwohl orientiert.

Demokratie baut auf den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte auf und entwickelt diese weiter.

Demokratie entspricht einem emanzipatorischen Entwicklungsstrom in Richtung einer »freien Assoziation freier BürgerInnen« (Marx). Auf allen gesellschaftlichen Ebenen müssen sich Kollektive als Träger der demokratischen Prozesse formieren können. Die regionalen politischen Körperschaften (von den Gemeinden bis hin zur globalen Staatengemeinschaft) sind hier ebenso gemeint wie Kollektive in der Sphäre der Ökonomie (Belegschaften, Verbände, Branchenorganisationen etc.) und der Zivilgesellschaft (soziale Bewegungen, Communities, NGO, Schüler- und StudentInnenschaften, Kinder- und Elternkollektive, Lehrkörper, Pflegende und Gepflegte etc.).

Unsere Auffassung von *Demokratie* steht in deutlichem Kontrast zum Kapitalismus und zu Formen der bürgerlichen Demokratie, die wir als protodemokratisch, als Vorstufe zu einer substanziellen *Demokratie* kritisieren. Im vorherrschenden liberalen Verständnis wird Demokratie zwar rechtstaatlich hinterlegt, aber gleichzeitig auf den Bereich der Politik be-



schränkt. Hinsichtlich der Frage, inwieweit eine solche Demokratie von wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen ergänzt werden müsse, existieren im liberalen Mainstream zum Teil erhebliche Differenzen.

Allerdings tendieren sowohl neoliberale als auch neokonservative Kräfte in Richtung einer Beschränkung und eines Abbaus des Wohlfahrtsstaates. Zudem wird Politik zunehmend als Verlängerung des Marktgeschehens verstanden und konzipiert. Danach würden diverse Politikanbieter einer angeblich amorphen Masse von Politik-KonsumentInnen (WählerInnen) gegenüberstehen, die auf der Basis von Informationen aus den Massenmedien und aus der Politikwerbung ihre politische Wahl treffen könnten. Wer über das nötige Geld und die nötige Verankerung in den gesellschaftlichen Eliten verfügt, hat als Politikanbieter folglich die besten Karten, was von liberaler Seite als selbstverständlich gegeben erachtet wird, ganz besonders in der Schweiz, in der die bürgerlichen Parteien auch nur schon die Forderung nach Transparenz in der Kampagnen- und Parteienfinanzierung ablehnen. Aus der ökonomischen Sphäre habe sich die Politik herauszuhalten, weil hier die Kräfte der ›freien Marktwirtschaft‹ uneingeschränkt wirken sollen. Der Neoliberalismus will mittels Deregulierungen, Privatisierungen und mit Hilfe von internationalen Wirtschaftsverträgen diesen Bereich maximal ausdehnen. Damit wird der Gegenstand der Politik auf die Ebene der »Optimierung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft« verlagert. Doch auch eine derart eingeebte Demokratie kann ›ausser Kontrolle‹ geraten. Als Rückversicherung für den Erhalt der realen Herrschaftsverhältnisse werden deshalb Mechanismen der Ausgrenzung gepflegt: Wer beispielsweise öffentlich für die Überwindung des Kapitalismus eintritt, wird kaum damit rechnen dürfen, in höhere Positionen in der Administration, an Universitäten oder in Konzernen berufen zu werden. Zum anderen wird ein Repressions- und Überwachungsapparat unterhalten, der in der Lage sein soll, unbotmässige Personen und Bewegungen (Streiks, Häuserbesetzungen, Kundgebungen etc.) bei Bedarf zu unterdrücken und wegzusperren. Dieser Auffassung und Praxis von Demokratie kommt unseres Erachtens eben der Charakter einer Proto-Demokratie zu, die auf der ökonomischen Diktatur des Kapitals basiert.

Demokratie ist als eine auf Dauer ausgerichtete Entwicklung zu verstehen, die eines anhaltenden Engagements ihrer TrägerInnen und einer steten Wachsamkeit bedarf. Der historische Prozess der *Demokratisierung* hat demnach noch lange kein Ende gefunden und wird vermutlich auch nie enden. Er begann zunächst – unter Ausschluss der Frauen und der SklavInnen – in den städtischen Demokratien des antiken Griechenlands, um danach über viele Jahrhunderte wieder zu erlöschen. Mit dem



Aufstieg des Bürgertums entstanden neue, ausschliessende Varianten demokratischer Entscheidungsfindung (z.B. in Form von Parlamenten mit Zensuswahlrecht ausschliesslich für vermögende Männer). Erst gegen Ende der Ära der Aufklärung wurde Demokratie als allgemeines Wahl- und Stimmrecht gedacht, jedoch effektiv viel später (insbesondere für Frauen) umgesetzt, und erst in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die bürgerliche Protodemokratie zur dominierenden politischen Grundkonzeption (nicht jedoch in der Wirtschaft), auch wenn angemerkt werden muss, dass autoritäre Regimes und Diktaturen keineswegs von der Bildfläche verschwanden.

Demokratie muss nun in einer nächsten Entwicklungsstufe darauf abzielen, sämtliche Formen der strukturellen Herrschaft des Menschen über den Menschen zu überwinden. Solange dies nicht erreicht ist, bleibt Demokratie notgedrungen ein defensives Konzept zur Abwehr weitergehender Ambitionen der Beherrschten. Erst die reale und nicht nur die formale Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Betroffenen wird es erlauben, die Gesellschaften aus den Blockierungen zu lösen, in die sie in der auf Ausbeutung gegründeten, kapitalistischen (Un-)Ordnung immer wieder von neuem geraten. Deshalb erachten wir das Programm der *Demokratie* für die Linke als ein imperativ erforderliches Programm.

II. *Demokratie* oder Kapitalismus

Gesellschaften sind gekennzeichnet durch Interessengegensätze, Widersprüche und Konflikte. Gleichzeitig müssen sie aber auch auf einem *allgemeinen* Interesse – einem die gesamte Gesellschaft einschliessenden Gemeinwohl – gründen, damit sie überhaupt lebensfähig sind. Dieses allgemeine Interesse ist nicht von vornherein festgelegt. Ebenso wenig aber ist es beliebig. Es ist das sich laufend verändernde Ergebnis von sozialen Kämpfen, wobei es zwingend gelingen muss, all jene Sonderinteressen in die Schranken zu weisen, die das Wohl der Gesamtheit der Menschen gefährden.

Der Kapitalismus blockiert die Entfaltung des Gemeinwohls durch Interessengegensätze, die in die ökonomische Kernstruktur eingebrannt sind und sich immer wieder zu unversöhnlichen Konflikten zuspitzen. Erst die Überwindung dieser Klassengegensätze wird es erlauben, das allgemeine Interesse derart zu entwickeln, dass ein gutes Leben im Sinne des ›buen vivir‹ für alle möglich wird, die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft geschützt werden, die materielle Existenz und die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum für alle gesichert sind sowie Frieden und Sicherheit gewährleistet werden können.



Das allgemeine Interesse zielt auf die Überwindung von Unterdrückung, Ausbeutung und Erniedrigung der Menschen durch Menschen. Es ist offensichtlich, dass die Entfaltung eines solchen allgemeinen Interesses keineswegs a priori gewährleistet ist. Es kann nur das Ergebnis eines – durchaus konfliktreichen – *demokratischen* Prozesses sein, und das Gelingen setzt voraus, dass die breite Masse der Bevölkerung sich die Entfaltung des allgemeinen Interesses zu Eigen macht und ihm zum Durchbruch verhilft. Darin besteht der Kern *demokratischer* Politik.

Es sei noch einmal betont: *Demokratie* muss die Sphäre der Ökonomie einschliessen, in der es im eigentlichen und übertragenen Sinn um die Wurst geht, in der entschieden wird, welche Güter produziert und welche Dienstleistungen erbracht werden, auf welche Weise und unter welchen Bedingungen dies geschieht, in welche Entwicklungen investiert und wie der erzielte Reichtum verteilt wird. Gelingt dieser Einschluss des Ökonomischen nicht, dann werden die Sonderinteressen der ökonomisch Herrschenden weiterhin höher gewichtet als das Gemeinwohl. Demokratie bleibt dann nicht nur unvollständig, sondern ständig von Rückschritten bedroht: Auch die im engeren Sinn politischen Gestaltungsräume werden eingeengt und unterlaufen, so wie wir das seit der neoliberalen Wende ab den 1980er Jahren weltweit erleben. Ein Beispiel dafür sind Unternehmen, die immer dann drohen, ein Land zu verlassen und sich damit dem Zugriff der Politik entziehen wollen, wenn ihre Sonderinteressen tangiert werden.

Der dem Kapitalismus eingeschriebene Konflikt zwischen den Sonderinteressen des Kapitals und dem Gemeinwohl spitzt sich gegenwärtig zu. Die auf Konkurrenz angelegte kapitalistische Wirtschaft erschwert, verhindert und unterläuft Regeln und Kooperationsvereinbarungen, die zur Sicherung des allgemeinen Interesses notwendig wären, etwa in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, globale soziale Standards und Friedenssicherung. Mehr *Demokratie* zu fordern heisst deshalb auch, dieses Konkurrenzdispositiv zu überwinden und damit die Frage der Macht zu stellen. Die Überwindung der Dominanz der Kapitalinteressen und der ökonomischen Herrschaft der grossen Konzerne und Finanzinstitute ist die Voraussetzung, um die vorherrschenden Proto-demokratien weiterentwickeln und die wesentlichen ökonomischen Entschiede in demokratisch legitimierte Prozesse einbetten zu können.

Die Kämpfe von unterdrückten Klassen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen für soziale Rechte gegen Umweltverschmutzung, gegen eine desaströse Austeritätspolitik, für den Erhalt und die Aufwertung öffentlicher Infrastrukturen etc. sind in der Regel auch Kämpfe zur Ausweitung *demokratischer* Einflussnahme. Die Kampfformen tragen deshalb



Exkurs: Unternehmen mit sozialer Verantwortung

Eigentum ist eine gesellschaftliche, keine naturrechtliche Kategorie, und Eigentum kann die unterschiedlichsten Formen annehmen. Dazu sind ausführliche Diskussionen erforderlich, die im Rahmen des vom Denknetz initiierten Diskussionszyklus zur Demokratie vertieft werden sollen. In diesem Beitrag führen wir lediglich ein Beispiel an, um unsere Anliegen konkret zu verdeutlichen. Dabei greifen wir auf Vorstellungen zurück, die an verschiedenen Orten bereits formuliert worden sind, so etwa im Rahmen der Gemeinwohlökonomie (Felber), der *Economie Social et Solidaire* (ESS) und auch im Denknetz (Ringger).

Das Beispiel betrifft die Kategorie der Unternehmen. Üblicherweise ist der Ausgangspunkt der entsprechenden Gesetzgebung die uneingeschränkte Verfügungsgewalt der Unternehmenseigner über die Ressourcen des Unternehmens. Weil Unternehmen jedoch eng in unzählige gesellschaftliche Verhältnisse eingeflochten sind, müssen diese Verhältnisse im Vertragsrecht dann doch ausführlich reguliert und die Verfügungsgewalt wird spezifisch eingeschränkt.

Der Ausgangspunkt könnte jedoch auch anders gesetzt werden: Unternehmen sind gesellschaftlich eingebundene Organisationen und werden von ihrer entsprechenden Verantwortung her konzipiert. Solche Konzepte sind bereits vielfältig entwickelt und teilweise erprobt worden, traditionell zum Beispiel in der Genossenschaftsbewegung und bei manchen Betriebsbesetzungen durch die Belegschaften.

Wir skizzieren an dieser Stelle beispielhaft eine neue rechtliche Kategorie von »Unternehmen mit sozialer Verantwortung« (USV), um zu veranschaulichen, wie eine Demokratisierung der ökonomischen Sphäre rechtlich gefasst werden könnte. Entscheidend ist dabei die Anbindung an die Makroebene, die nicht vom Kapital dominiert bleiben darf, wenn solche Konzepte dauerhaft gelingen sollen. Unsere USV hätten folgende Grundlagen:

häufig auch den Keim einer Erweiterung der Demokratie in sich, zum Beispiel wenn bei Streiks, Betriebsbesetzungen oder Besetzungen öffentlicher Räume, wie im Fall der ›Occupy‹-Bewegung, auch neue Formen der *Demokratie* erprobt und gelebt werden. Solche Bewegungen können sich in Situationen, in denen sich die Konflikte zuspitzen, zu umfassenden Bewegungen entwickeln und die Gesellschaft als Ganzes erfassen. Bewegungen, die mehr *demokratische* Einflussnahme fordern, sind immer auch Sand im Getriebe der Kapitalverwertung, und sie sind die Grundlage, auf der Alternativen entwickelt und sozial-ökologische Transformationen auf den Weg gebracht werden können. Es ist wahrscheinlich, dass sich die *Demokratie* gegenüber der bürgerlichen Proto-



- USV halten soziale und ökologische Standards ein, schliessen Gesamtarbeitsverträge ab und garantieren der Belegschaft ausgedehnte Mitbestimmungsrechte. Die Lohnspreizung beträgt höchstens 1 zu 5.
- Ihre unternehmerische Zielsetzung ist an die Förderung des allgemeinen Interesses gekoppelt.
- Ihre Buchhaltung und ihre Geschäftsführung sind transparent.
- USV kooperieren mit den für ihr Geschäftsfeld relevanten NGO.
- USV kooperieren – wo sinnvoll – mit andern USV-Unternehmen.
- USV pflegen eine Politik offen zugänglicher Erfindungen und Entwicklungen.
- Ihre Gewinne sollen in die eigene Entwicklung oder in andere USV investiert werden und dürfen nicht in rein profitorientierte Firmen fließen.

Im Gegenzug könnten USV von (neuen) öffentlichen Diensten profitieren: zum Beispiel von der Führung der Buchhaltung zu günstigen Tarifen durch eine öffentlich regulierte Trägerschaft, von kostengünstigen EDV-Diensten auf der Basis von Open-Source-Produkten, von vorteilhaften Krediten durch öffentliche Banken etc. Die Politik legt fest, dass in bestimmten Bereichen nur USV tätig sein dürfen, so etwa in der Erbringung basaler Finanzdienste (Zahlungsverkehr, individuelles Sparen) und in der Pflege und Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Erwachsenen.

Das gesamtgesellschaftliche, makroökonomische ›Gegenstück‹ zu den USV sind demokratisch geleitete Investitionsfonds, beispielsweise für den ökologischen Umbau (Stichwort Energiewende) oder zur Förderung der Open-Source-Informatik. Solche Fonds könnten zum Beispiel mit Mitteln aus der kapitalgebundenen Altersvorsorge alimentiert werden. Sie sind ebenfalls schon vielfach konzipiert worden, neuerdings etwa von der Gewerkschaft Unia, die sie als Produktionsfonds bezeichnet.

demokratie nur dann wird durchsetzen können, wenn sie von solchen breiten Bewegungen getragen wird. In diesem Sinne ist *Demokratie* revolutionär.

In einer arbeitsteiligen Gesellschaft muss als Gemeingut (Commons) konzipiert werden, was für das gute Leben der breiten Bevölkerung massgebend und für die Entwicklung des allgemeinen Interesses unerlässlich ist. Wissen, Kulturgüter und Kulturtechniken, Sprachen und Patente sind als Commons zu organisieren und zu verankern, die Definition von Standards und Schnittstellen als öffentliche und demokratische Aufgabe zu begreifen. Auch Grossunternehmen sollten gemäss ihrer Bedeutung für die Gesellschaft ausgestaltet werden. Die Formen des Ei-



gentums müssen generell von der Verantwortung für die übergeordneten Interessen (Umweltschutz, Sicherheit, soziale Werte etc.) her konzipiert werden, statt – wie heute – von der möglichst uneingeschränkten Verfügungsgewalt der Besitzenden auszugehen. Lebenswichtige und wirkungsmächtige Ressourcen wie Boden, Gewässer, Rohstoffe und massgebende Produktionsmittel müssen dementsprechend in neue Eigentumsformen überführt werden, die einer *demokratischen* Einflussnahme zugänglich sind.

Zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts

Die Weiterentwicklung der *Demokratie* im von uns beschriebenen Sinn ist die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es sind nicht alleine moralisch-ethische Vorbehalte gegenüber der inakzeptablen Gleichzeitigkeit von immensem Reichtum und bitterer Armut oder den ökologischen Konsequenzen einer ausser Rand und Band geratenen Produktions- und Lebensweise, die nach einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation verlangen. Der gewaltige, aber höchst ungleich verteilte Reichtum und die immensen technischen Möglichkeiten lassen vielmehr eine andauernde Dominanz kapitalistischer Verhältnisse nicht mehr zu. Denn erstens verhindern das kapitalistische Konkurrenzdispositiv und der kapitalistische Wachstumszwang den ausreichenden Schutz der Lebensräume und der natürlichen Ressourcen, was zu immer bedrohlicheren Störungen der ökologischen Verhältnisse führt. Und zweitens setzt dieser Wachstumszwang voraus, dass die Arbeitsproduktivität mehr und mehr gesteigert werden kann. Produktivitätssteigerungen werden jedoch immer schwieriger, weil ein grosser Teil der Rationalisierungspotenziale mittlerweile ausgeschöpft ist (eine vollautomatisierte Fabrik lässt sich nicht mehr weiter automatisieren) und weil sich in der personenbezogenen Care-Ökonomie die Produktivität nicht steigern lässt, ohne die Qualität der Dienste zu zerstören. Deshalb werden unter diesem Konkurrenzdruck die Angriffe auf die Löhne und auf die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen verstärkt; gleichzeitig weicht Kapital auf die Finanzmärkte aus, auf denen der Spekulationsdruck folglich ansteigt. Schliesslich nehmen auf der Jagd nach knapper werdenden ökonomischen Expansionsräumen auch die internationalen Spannungen zu.

Nicht zuletzt ist eine umfassende und emanzipatorische Demokratisierung der Gesellschaft auch die entscheidende Antwort auf die existenzielle Entfremdung, die das Leben in den westlichen Wohlstandsgesellschaften heute massgeblich prägt. Entfremdung ist ein Thema, das von der klassischen Linken lange vernachlässigt wurde. Was ist der Sinn



und was der gesellschaftliche (nicht bloss geldförmige!) Wert der Arbeit? Was macht das gute Leben aus? Was bedeuten gesellschaftliche Ungleichheiten und Ausgrenzungen für die menschliche Psyche? Weshalb wird immer mehr Wachstum und Produktivität angestrebt? Zu welchen Auswirkungen führt es, wenn die sinnlichen Beziehungen zur Natur zusehends verloren gehen? Auf solche Fragen braucht es Antworten. *Demokratie*, die Kontrolle über die eigenen Lebensverhältnisse, die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens in und mit der Gesellschaft, kann und muss solche Antworten geben.

Insgesamt gilt: Die Widersprüche des kapitalistischen Entwicklungsmodells nehmen zu, unterlaufen selbst die Erfolgsbedingungen der Kapitalverwertung und gefährden die gesellschaftlichen Grundlagen schlechthin. Die Weiterentwicklung der Demokratie zu einer partizipativen und umfassenden ist ein gesellschaftlicher Imperativ, ohne dessen Erfüllung die Menschheit immer wieder in einen Strudel von Katastrophen gerät. *Demokratie* drängt zur Überwindung des Kapitalismus.

III. *Demokratie*, Komplexität und Bildung

Demokratisierung ist ein historisch junger Prozess, der durch die ökonomische Herrschaft des Kapitals behindert und untergraben wird. Die Behauptungen, *Demokratie* scheitere an der Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse, an der mangelnden Effizienz oder an der fehlenden Bildung der breiten Masse der Bevölkerung erweisen sich bei näherer Betrachtung als defensive Argumente, um die Weiterentwicklung der *Demokratie* zu verhindern und die ökonomische Herrschaft des Kapitals zu sichern. Gleichzeitig ist *Demokratie* tatsächlich immer auch ein offener, riskanter Prozess ohne Garantie auf immerwährendes Gelingen. Denn nur in der Masse, wie *demokratische* Prozesse auch scheitern können, wird Demokratisierung zu Lernprozessen führen. Das Scheitern-Können ist eine Voraussetzung für das Gelingen, das ›Besser-Scheitern‹ Teil einer Lösungsfindung. Gefordert ist eine offene Gesellschaft, und gerade für diese Offenheit muss sich *Demokratie* gegen den Kapitalismus durchsetzen. Damit das Scheitern Teil eines demokratischen Lernprozesses werden kann, muss es aus dem Zwanghaften und Zerstörerischen befreit werden, das ihm im Kapitalismus in so zentralen Aspekten wie der Umweltzerstörung oder der massiven Ungleichheit anhaftet.

Oft wird die wachsende Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse als Grund angeführt, warum Demokratie nur in engen Grenzen funktionieren könne und die eigentliche Kontrolle und Lenkung den Eliten vorbehalten sein müsse, die alleine in der Lage seien, die nötigen Kompetenzen auszubilden. Allerdings sind Zweifel an diesen Kompetenzen



mehr als angebracht. Die Zunft der Mainstream-Ökonomen, die oft für sich beansprucht, gesellschaftliche Leitwissenschaft zu sein, ist in den Jahren 2006 bis 2008 ohne jede Voraussicht in den Beinahe-Zusammenbruch der Finanzmärkte geschlittert. Es ist also überaus fraglich, ob sich ›fähige Eliten‹ herausbilden – insbesondere in einer Klassengesellschaft, in der die politischen Eliten dafür belohnt werden, die Interessen der Herrschenden zu bedienen.

Die Frage ist grundlegender Natur und nicht mit scheinbarem Realismus abzuhaken, mit Aussagen wie: »Die breite Masse der Bevölkerung ist nicht in der Lage, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu durchschauen«. Dem Elitenkonzept stellen wir die Forderung entgegen, gesellschaftliche Verhältnisse seien so einzurichten, dass sie für die Betroffenen möglichst durchschaubar sind. Das bedeutet keineswegs, dass alle alles verstehen müssen. Hingegen muss es möglichst einfach sein, die relevanten Informationen zu erhalten und zu bewerten, und es braucht etablierte Kontrollmechanismen, auf die Verlass ist. Missbräuche, Fehlentwicklungen und neue Problemlagen müssen jeweils rasch aufgedeckt werden. Hier liegen die Gründe, warum *Demokratie* auf eine Vielfalt an unabhängigen Medien angewiesen ist und den Medienschaffenden genügend Zeit und Mittel zur Verfügung stehen müssen, um seriös recherchieren zu können.

Ebenso kann und muss Komplexität durch klare Verantwortungsgebiete, durch geeignete organisatorische Gliederungen, durch Standards, durch einheitlich dargestellte, transparente Informationen und durch ausreichende Kontrollmechanismen optimiert werden. Das ist auch eine Frage der massgebenden Interessen. Geht es in erster Linie um die Profitmaximierung einiger weniger, dann sind anonyme Kapitalverhältnisse und verflochtene Konzernstrukturen adäquat. Geht es aber primär um das Gemeinwohl und um demokratische Führung und Kontrolle, sind genossenschaftliche Strukturen und übersichtliche Einheiten der bessere Weg. Die elektronische Datenverarbeitung und die weltweiten Kommunikationsnetze bilden hier eine wirkungsvolle Grundlage, deren Potenzial bislang auch nicht annähernd ausgeschöpft worden ist. Die konsequente Problematisierung der Komplexität hilft übrigens auch zu vermeiden, dass Komplexität unkontrolliert zunimmt und immer mehr Ressourcen absorbiert. Die betroffenen Systeme können so instabil werden und allenfalls auch kollabieren, wie es zum Beispiel bei den Finanzmärkten der Fall ist. Im Kapitalismus tendieren die ökonomischen und in der Folge auch die gesellschaftlichen Verhältnisse dazu, überkomplex, intransparent und demokratie-avers zu werden. Die Gründe dafür liegen unter anderem in den unzähligen, voneinan-



der unabhängigen unternehmerischen Einzelentscheidungen, in der Fragmentierung des verfügbaren Wissens und dessen Unterstellung unter das Betriebsgeheimnis, in der gezielten Schaffung intransparenter Unternehmensstrukturen zur Verschleierung der Finanzverhältnisse und zur Optimierung der Steuervermeidung.

Ein Vergleich des weitgehend marktförmigen Gesundheitswesens der USA mit dem weitaus stärker regulierten Gesundheitswesen der anderen OECD-Länder zeigt dies auf eindrückliche Weise: Das US-Gesundheitswesen ist das mit grossem Abstand intransparenteste, gleichzeitig auch das teuerste und unsozialste. Es verschlingt rund 18 Prozent des BIP gegenüber 12 Prozent im zweit teuersten Land (Niederlande). Dieser Kostenüberhang beläuft sich auf rund eine Billion US-Dollar – jedes Jahr! Das entspricht rund 6 Prozent des US-BIP und rund 1,3 Prozent des Welt-BIP! Eine ähnliche Verschwendung lässt sich in vielen anderen Bereichen ausmachen. Würden beispielsweise die zentralen Schnittstellen in der Informatik öffentlich und verbindlich reguliert, wobei auf leichte Verständlichkeit und bestmögliche Transparenz geachtet würde, dann könnten weltweit jährlich ebenfalls Kosten in Billionenhöhe eingespart werden.

Der Kapitalismus ist übrigens selbst die unendlich sprudelnde Quelle von immer wieder neuen Regulierungen. Denn das Kapital setzt seine Interessen zumindest latent auch ausserhalb des Rechtsstaats (Korruption) durch, steckt im einem latenten Dauerkonflikt mit seinen Beschäftigten, mit Konkurrenzfirmen, Lieferanten und KundInnen oder gerät in Konflikt mit den vitalen Interessen der Allgemeinheit (z.B. Umweltproblematik). All dies zwingt die Politik zu einem permanenten Regulierungswettlauf, der mit enormen Kosten verbunden ist. Die Alternative dazu heisst nicht Deregulierung, sondern Demokratisierung der Wirtschaft. Es muss auch aus Sicht der Betriebe selbstverständlich werden, die allgemeinen Interessen zu wahren und zu stützen (siehe Exkurs). Auf diese Weise kann und wird auch der Regulierungs- und Kontrollaufwand zurückgenommen. Mithin handelt es sich bei der Forderung nach *Demokratisierung* nicht zuletzt um ein Programm zum Abbau von Bürokratie.

Die These von der angeblich höheren Effizienz der Hierarchie gegenüber der *Demokratie* dient der Rechtfertigung der Herrschaft des Kapitals. Auch die von bürgerlicher Seite behauptete »Systemintelligenz des Marktes« (Friedrich August von Hayek), die ohne jede Steuerung und Hierarchie auskommen soll, will kapitalistische Verhältnisse legitimieren. Diese These zeichnet sich nicht durch theoretische Kohärenz aus, sondern ist als Abwehr gegen eine präzise Form der *Demokratisie-*



rung gemünzt, nämlich gegen diejenige innerhalb von Unternehmen. Dabei ist es in keiner Weise einsichtig, warum die demokratische Gestaltung eines Unternehmens weniger gut gelingen soll als die einer Gemeinde, einer Stadt, eines Staates. Das Gegenteil müsste der Fall sein, da sich innerhalb von Unternehmen eine breite und tiefgehende sachspezifische Kompetenz vereinigt, wie es in territorialen Einheiten wie Staaten niemals der Fall ist. Um mit dieser These trotzdem irgendwie glaubhaft zu wirken, wird meist das karikierte Bild einer Basisdemokratie bemüht, in der endlos debattiert werde und niemand Verantwortung übernehme.

Allerdings darf es ohnehin nie nur um blinde Effizienz gehen. Effizienz ist vielmehr mit der Effektivität in Einklang zu bringen, also mit der Frage nach der Nützlichkeit (respektive Unschädlichkeit) dessen, was effizient produziert oder erbracht wird. Genau diese Verbindung bricht im Kapitalismus auseinander, weil sich Nützlichkeit auf das Sonderinteresse der jeweiligen Kapitalbesitzenden bezieht und darüber hinausgehende Ansprüche (auf die Einhaltung sozialer Normen, auf den Schutz der Umwelt etc.) als Einschränkung taxiert werden.

Demokratie ist in ihrer Strukturwahl offen und keineswegs auf endlose basisdemokratische Debatten festgelegt. Sie birgt das Potenzial, Effizienz, Effektivität und grösstmögliche Gestaltbarkeit optimal zu kombinieren. Demokratisch legitimierte Strukturen, die auf kompetenzbasierten Hierarchien, klaren Verantwortlichkeiten, Transparenz und effektiver Kontrolle basieren, sind dabei valable Optionen. *Demokratie* will allen Menschen ein gestaltungsmächtiges Leben ermöglichen und jene Hierarchien, die der Ausbeutung und Unterdrückung dienen, vollständig überwinden. Gerade dies macht ihren emanzipatorischen Kern aus. Man darf davon ausgehen, dass die jeweils betroffenen Menschen sehr genau zwischen kompetenzbasierten und ausbeuterischen Hierarchien unterscheiden können.

Schliesslich ist lange nicht alles ineffizient, was der kapitalistischen Verwertungslogik als ineffizient gilt. Effizienz auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten etwa ist weder aus der Sicht der Betroffenen noch aus gesellschaftlicher Sicht wünschenswert und daher auch nicht effizient. Besonders deutlich wird dies im Bereich der Care-Arbeit (Pflege und Betreuung). Der systematische Versuch, hier die Effizienz zu steigern und Zeit zu sparen, erweist sich als Bumerang, weil damit die Qualität der Pflege- und Betreuungsarbeit in der Regel zerstört wird. Dasselbe gilt auch für den Aufwand, der für demokratische Prozesse geleistet wird. Unmittelbar mag es effizienter erscheinen, wenn Entscheide diktatorisch (als Diktat von oben) gefällt werden. Weil dies jedoch die von den Ent-



scheiden Betroffenen entmündigt, wird die Umsetzung der Entscheidung nur mit diktatorischem Druck zu sichern sein. Darunter leiden auch die Ergebnisse.

Zweifellos stärken eine breite, auf *Demokratie* ausgelegte Bildung und Erziehung die Fähigkeit der Menschen, sich kompetent in demokratische Prozesse einzubringen. In diesem Sinn ist Bildung selbst ein demokratischer Akt. Die Schulen (vom Kindergarten bis zur Hochschulen) dienen wohl der Generalisierung von Bildung, doch sie funktionieren hinsichtlich der Zielsetzungen, der Programme, Inhalte und Methoden gleichzeitig als Kampffeld. Widersprüche ergeben sich in allen Dimensionen und auf den verschiedensten Ebenen. Vor allem in den letzten 20 Jahren hat sich die Ökonomisierung und Privatisierung der Ausbildung markant verstärkt. Es gilt, die demokratischen und emanzipatorischen Aspekte schulischer Bildungsprozesse immer wieder zu überprüfen.

In der Schweiz besteht vorderhand noch weitgehend Konsens darüber, dass ausnahmslos alle unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten oder der Leistungsfähigkeit des Elternhauses Zugang zu Bildung haben sollen. Daher ist Bildung eine gesellschaftliche Angelegenheit, und die Bereitstellung der nötigen Angebote ist eine unverzichtbare öffentliche Aufgabe. Doch dieser Konsens ist gefährdet. Mehr oder weniger stillschweigend hat sich ein neoliberales Bildungsverständnis etabliert, das das Ziel einer demokratischen Bildung zu sabotieren droht. Insbesondere die PISA-Rankings heizen den internationalen Wettbewerb an und reduzieren Bildung auf (wirtschaftliche) Verwertbarkeit. Inhalte werden in ›Kompetenzen‹ zerstückelt, Einbettungen in Kultur und Geschichte immer unwichtiger, Fragen nach Lebenssinn und Gemeinschaft in den Privatbereich verwiesen. Die messbare Leistung wird immer wichtiger. Eine Flut von Prüfungen, Abschlüssen und Zertifikaten regelt die Zugänge zu höherer Bildung und zu Berufen. Dieser Prozess beschränkt die Gestaltungsmöglichkeiten der PädagogInnen und macht sie zu VollzugsbeamtenInnen. Einfluss bekommt eine Expertokratie, die oft auch eigene (wirtschaftliche) Interessen verfolgt, wie zum Beispiel die BeraterInnen und die privaten Anbieter von standardisierten Prüfungsaufgaben. Hand in Hand einher geht damit eine schleichende Entdemokratisierung. Mitsprache wird limitiert, Schulpflegen oder Schulinspektionen werden teilweise abgeschafft oder in ihren Befugnissen eingeschränkt, höhere Bildungsanstalten verselbstständigt. Dabei nimmt der Einfluss von privaten Akteuren zu, und Privatisierungen greifen um sich.

Doch ein ökonomisiertes Lehren und Lernen, das auf betriebswirt-



schafflich relevantes Wissen reduziert wird, hat mit *demokratierechter* Bildung nichts zu tun. Bildung heisst, Zusammenhänge herzustellen und dem Menschen zu einer umfassenden Orientierung, zu einem aufrechten Gang zu verhelfen. Eine wichtige *demokratische* Bildung entsteht denn auch in der Praxis, zum Beispiel durch die Beteiligung an sozialen Kämpfen, in selbstorganisierten Kollektiven, durch das Engagement in einem Verein und so weiter.

Schliesslich setzt Herrschaft der Bildung Grenzen, denn Bildungsinhalte können nicht in beliebigem Gegensatz zu gesellschaftlich dominierenden Vorstellungen und Praxen stehen. So wird die Lobpreisung der Demokratie in einer Welt, in der sich die Leute machtlos fühlen, die Demokratie eher diskreditieren als stärken.

IV. *Demokratie* und Menschenrechte

Demokratie fusst auf vier Imperativen. Der erste Imperativ lautet: Die Ambitionen aller Menschen auf ein gutes Leben (*buen vivir*) werden universell als gleichberechtigt anerkannt, und die gesellschaftliche Praxis wird nach diesem Grundsatz ausgerichtet. Der zweite Imperativ besteht darin, die individuellen Freiheiten aller anzuerkennen und ihnen gleichzeitig Grenzen zu setzen für den Fall, dass durch die Ausübung dieser Freiheiten berechnete Ansprüche anderer Menschen verletzt werden. Der dritte Imperativ schreibt jedem Individuum die Pflicht und das Recht zu, nach seinen Möglichkeiten zum Gelingen der *Demokratie* beizutragen. Der vierte Imperativ sichert die erforderlichen politischen Freiheiten, wie das Recht der freien Rede, das Recht der freien Bildung von Assoziationen und das Recht der aktiven Interessenvertretung (z.B. Streikrecht).

Diese Imperative sind seit 67 Jahren als allgemeine Menschenrechte kodifiziert. Nach den Katastrophen der beiden Weltkriege gelang es den Vereinten Nationen 1948, sich auf eine »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« zu verständigen. Zwar kann die Menschenrechtserklärung widersprüchlich gelesen werden. Zum Beispiel sichert sie in Artikel 17 jedem Menschen ein Recht auf Eigentum zu, ohne dieses Recht weiter zu präzisieren oder zu relativieren. In Artikel 29 fordert sie andererseits, bei der Ausübung von Rechten und Freiheiten sei die »Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten der anderen zu gewährleisten und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und der allgemeinen Wohlfahrt in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen«. Wenn diese Bestimmungen ernstgenommen werden, dann sind Formen des Privateigentums an Produktionsmitteln und an Boden, die ausbeuterische Verhältnisse, soziale Ungleichheit und die Zerstörung



von Lebensräumen nach sich ziehen, mit den Menschenrechten nicht zu vereinbaren. Der gleiche Artikel 29 spricht übrigens auch davon, dass jeder Mensch »Pflichten gegenüber der Gemeinschaft (hat), in der allein die freie und volle Entwicklung seiner Persönlichkeit möglich ist«. Diese Pflichten gelten natürlich auch für Führungskräfte von Konzernen und Banken.

Die Menschenrechte sind der unerlässliche Nährboden der *Demokratie*: Die Sicherung, die Wahrung und die Weiterentwicklung der universellen Menschenrechte muss demnach als ein allgemeines Interesse anerkannt werden, das der *Demokratie* zugrunde liegt und untrennbar mit ihr verknüpft ist. Nur durch die Wahrung der Menschenrechte ist es heute möglich, *demokratische* Trägerschaften überhaupt zu etablieren, das heisst Kollektive mündiger, eigenständig urteilender Bürgerinnen und Bürger. Und zur Durchsetzung der Menschenrechte braucht es unter anderem auch internationale Gerichte, wie beispielsweise den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof. Wenn die SVP mit ihrer neuen Volksinitiative die Durchsetzung der Volksrechte gegen die Menschenrechte in Stellung bringen will, dann ist dies gegen den Kern der Demokratie gerichtet.

Demokratie ist – wie die Umsetzung der Menschenrechte auch – von der Frage der Reichumsverteilung nicht zu trennen. Wenn die einen sehr viel haben und die andern sehr wenig, dann wird die Formierung der Trägerschaft demokratischer Prozesse erschwert oder gar verunmöglicht. Wenn die einen aus ihrer Portokasse eine Partei finanzieren können, während andere keinen oder nur erschwerten Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung haben, dann bleibt Demokratie Fassade. Nur unter Wahrung der materiellen und sozialen Grundansprüche aller können auch alle gleichberechtigt an demokratischen Prozessen teilnehmen, und nur dann kommt *Demokratie* dauerhaft zum Tragen. Die Teilnahme an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen ist überdies auch ein Programm zur Menschwerdung des Menschen, zur politischen und gesellschaftlichen Emanzipation aller. Erst wenn Menschen die Verhältnisse, die ihr Leben bestimmen, aktiv mitgestalten können, erlangen sie die ihnen mögliche Würde, erfahren sie Gestaltungsmacht und Bedeutung für sich und andere.

Gerade weil sie wachsende soziale Ungleichheit und vielfache Exklusionen zulassen, fördern die bürgerlichen Protodemokratien nationalistische, kulturalistische und rassistische Strömungen. Fehlt es zum Beispiel über längere Zeiträume an akzeptablen Erwerbsarbeitsstellen für alle, dann ist es ein Leichtes, den Kampf um die verbleibenden Stellen nationalistisch aufzuladen. Nationalismus, Kulturalismus und Rassismus



stellen die Menschenrechte in Frage. In den letzten Jahren sind in der Schweiz mehrere entsprechende Volksinitiativen lanciert und teilweise leider auch angenommen worden.

Diese Tendenz darf jedoch nicht zum Anlass genommen werden, eine Einschränkung der plebiszitär-demokratischen Rechte hinzunehmen oder gar zu befürworten. Damit würde den neoliberalen Kräften in die Hände gespielt, die seit Mitte der 1980er Jahre immer wieder die Einschränkung dieser Rechte gefordert haben. Ebenso würde damit der nationalkonservativen Rechten geholfen, die sich als Gralshüterin eines völkischen Demokratieverständnisses aufspielt. Die Antwort auf Nationalismus, Kulturalismus und Rassismus ist ein Mehr, nicht ein Weniger an Demokratie. Dazu gehört auch die Beschränkung des Überwachungsstaates, dem es nicht erlaubt werden darf, Daten über BürgerInnen ohne konkrete, strafrechtlich relevante Verdachtsmomente und ohne richterliche Verfügung zu sammeln. Dazu gehört ebenso die Forderung nach umfassenden Freiheitsrechten und demokratischen Rechten für alle, die ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft in der Schweiz haben, unabhängig von ihrer Herkunft und der Farbe ihres Passes.

V. *Demokratie, Interessengegensätze und Staat*

Demokratie zielt darauf ab, antagonistische (d.h. unversöhnliche) Interessengegensätze zu überwinden und Dynamiken zu brechen, die zu gewalttätigen Konflikten führen. Auch deshalb muss der Kapitalismus überwunden werden. Damit sind allerdings die Sonderinteressen nicht abgeschafft. Vielmehr werden alle Teile der Bevölkerung ermutigt, sich ihrer Interessen bewusst zu werden und sie aktiv zu vertreten. In der Masse, wie Interessen nicht als unversöhnliche Gegensätzlichkeiten formuliert werden, sind sie Verhandlungen zugänglich. Eine *demokratische* Konflikt- und Verhandlungsethik und eine entsprechende Verhandlungskultur schaffen somit die Voraussetzungen für eine Politik des Interessenausgleichs und der gleichzeitigen Entfaltung des allgemeinen Interesses. Eine solche Ethik wird selbst Teil des allgemeinen Interesses an Friede und Sicherheit. Eine solche umfassende und partizipatorische *Demokratie* ist eine inklusive *Demokratie*, die versucht, möglichst alle von Entscheidungen betroffenen Menschen an den entsprechenden Entscheidungs- und Ausgestaltungsprozessen teilhaben zu lassen.

Der Konflikt um Inklusion versus Exklusion zeigte sich in der Geschichte in unterschiedlicher Gestalt: Nur der Adel, oder auch das gemeine Volk? Nur Reiche, oder auch Mittellose? Nur Männer, oder auch Frauen? Nur die Kapitaleseite, oder auch die ArbeiterInnen? Nur Menschen mit Schweizer Pass, oder auch hier wohnhafte AusländerInnen?



Es ist an der Zeit, die umfassende Inklusion aller Menschen anzustreben; die universellen Menschenrechte mit den heutigen Erweiterungen und zukünftigen Entwicklungen bilden dafür die Basis. Eine Konfliktlinie, die seit Jahrtausenden durch alle Poren gesellschaftlicher Verhältnisse dringt und bis heute Unterdrückung, Ausbeutung und unzählige psychische Qualen mit sich bringt, ist jene zwischen Frauen und Männern. Dank der Frauenbewegung sind die Rechte der Frauen in den letzten Jahrzehnten in vielen Ländern verbessert worden, doch genderbezogene Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen sind noch lange nicht beseitigt. Im Gegenteil, sie werden gegenwärtig durch die ungelöste Krise der Care-Arbeit wieder virulenter, weil unter dem zunehmenden Druck auf die Care-Arbeit vor allem Frauen leiden. Pflege und Betreuung von Kindern, von kranken und behinderten Menschen erfordern Zeit und widersetzen sich deshalb einer auf Rationalisierung getrimmten Profitwirtschaft. Da die Care-Arbeiten traditionell zu einem grossen Teil auf den Schultern der Frauen lasten, werden genderechte Verhältnisse nur erreicht, wenn Care als gesellschaftliche Kernaufgabe anerkannt und entsprechend materiell gestützt wird, ohne sie der kommerziellen Marktlogik auszuliefern. Genügend und qualitativ gute öffentliche Angebote in der Kinderbetreuung und der Pflege und Betreuung von Langzeit-PatientInnen sind deshalb auch *demokratiepolitisch* erforderlich. Ebenso ist die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit eine Voraussetzung dafür, dass Frauen und Männer die private Care-Arbeit gleichberechtigt organisieren. Und selbstverständlich müssen Frauen den gleichen Zugang zu beruflichen, politischen und kulturellen Karrieren haben wie Männer.

Verbindliche Regulierungen (Verfassung, Gesetze, Abkommen etc.) sowie die Trennung von Exekutive und Judikative sind die Grundlage, um Willkür und Korruption zu verhindern. Die Trennung von Legislative und Exekutive bildet einen wichtigen Ausgangspunkt, um diktatorische Tendenzen abzuwehren. Diese Grundstruktur hat die bürgerliche Revolution gegen die absolute Monarchie und die Reste des mittelalterlichen Feudalismus durchgesetzt, allerdings oft nur zögerlich und nur unter dem Druck breiter Mobilisierungen der Bevölkerung. Rechtsstaatlichkeit und die Prinzipien der Gewaltentrennung sind aus *demokratischer* Sicht entscheidende Errungenschaften, die verteidigt und weiterentwickelt werden müssen. In bürgerlichen Gesellschaften wird jedoch die Legislative so ausgestaltet, dass die Ambitionen der breiten Bevölkerung und der arbeitenden Klassen meist gebrochen werden, bevor sie sich angemessen ausdrücken können. Wahlen und Abstimmungen werden von einer bürgerlich dominierten Medien- und Propaganda-



macht eingeehgt. Oppositionelle Parteien werden durch die Logik der bestehenden Herrschaftskonstellationen gefügig gemacht. Subtile und offene Repression gegen Andersdenkende verstärkt diese Tendenz. Der machtvolle, für die Lebensrealität der Menschen zentrale Bereich der Ökonomie ist vom Wirkungsbereich der Politik weitgehend ausgeklammert, was dazu führt, dass Politik entleert und abgewertet wird und sich breite Bevölkerungsteile von ihr abwenden. Sollte es einer kapitalismuskritischen Bewegung ausnahmsweise trotzdem gelingen, Regierungsmacht zu übernehmen, wird sie mit heftiger Gegenwehr konfrontiert, zum Beispiel mit ökonomischer Sabotage, rechtsextemer Gewalt und mit Destabilisierungsversuchen bis hin zum Putsch. Als Absicherung gegen solche »protodemokratischen Betriebsunfälle« setzen die herrschenden Eliten alles daran, die zentralen Teile des Staatsapparates (Polizei, Armee, massgebende Teile der Administration und der Gerichtsbarkeit) politisch und personell zu dominieren. Die Ausschaltung dieser Dominanz ist ein ebenfalls wichtiger Aspekt *demokratischer* Politik.

VI. *Demokratie* in den Zeiten der Globalisierung

Der Kapitalismus hat seit dem Beginn seines Siegeszuges vor rund 200 Jahren in mehreren Wellen die gesamte Welt erobert. Während der Einflussbereich der Politik immer noch in hohem Masse an territoriale Körperschaften gebunden ist, kann sich das Kapital einer (ohnein schon beschränkten) *demokratischen* Einflussnahme umso besser entziehen, je freier es sich international bewegen kann. Diese Beweglichkeit wurde, nach den traumatischen Erfahrungen der beiden Weltkriege, in der Zeit nach 1945 zunächst erheblich eingeschränkt, zum Beispiel durch Kapitalverkehrskontrollen. Der Neoliberalismus hat seit 1980 diese Beschränkungen jedoch wieder aufgehoben und weit mehr noch dafür gesorgt, dass die Nationalstaaten ihre Attraktivität für das mobile Kapital umfassend »verbessern«. Dieser Prozess wird fälschlicherweise als Globalisierung bezeichnet und gleichzeitig als alternativlos mystifiziert. Es gilt genau auseinanderzuhalten, welche Probleme tatsächlich nur auf globaler Ebene wirksam gelöst werden können, welche Anliegen im Gegenteil nur durch eine Deglobalisierung zu bewältigen sind und welche Dynamiken sich daraus für das Wechselspiel von nationaler, regionaler und internationaler Politik ergeben.

Probleme und Entwicklungen, die offenkundig auf globaler Ebene angegangen werden müssen, sind etwa der Klimawandel, der Umgang mit Flüchtlingen und Migration, die Friedenssicherung, die Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts auf den Kontinenten und in den Welt-



meeren, die Bekämpfung von Epidemien und Seuchen und anderes mehr. Viele Regulierungen entfalten überdies die mit Abstand beste Wirkung, wenn sie global etabliert werden, zum Beispiel bei der Kodifizierung und Entwicklung der Menschenrechte und der Schaffung technischer, umweltschonender und sozialer Normen.

Handkehrum ist es unerlässlich, dass sämtliche Regionen dieser Welt sich ökonomisch und gesellschaftlich eigenständig entwickeln können, ohne jedoch andere zu beeinträchtigen oder gar zu gefährden. Dazu sind nationale Schutzbestimmungen und eine teilweise Abgrenzung vom Weltmarkt unerlässlich. Die Produktivität in der Landwirtschaft beispielsweise ist stark von der jeweiligen Topografie und vom Klima abhängig. Im Sinne der Ernährungssouveränität sind Schutzzölle erforderlich, um die lokale Landwirtschaft erhalten und entwickeln zu können. Dasselbe gilt auch für die handwerkliche und die industrielle Produktion sowie für die Dienstleistungen. Eine solche Politik der regionalen Verschiedenheiten und unterschiedlichen Rhythmen muss um die Vielfalt internationaler Kooperationen sowie die Schaffung und Entwicklung eines Bestandes an globalen Gemeingütern ergänzt werden. Rohstoffe sind ein solches Gemeingut. Ihre Gewinnung und der Handel mit ihnen muss nach sozialen und ökologischen Prinzipien ausgestaltet werden.

Das lebenswichtige Wasser wiederum gehört unter die direkte Kontrolle demokratischer Körperschaften. Der Wissensfundus und die genetische Datenbank der Natur sind weitere Gemeingüter, die der gesamten Menschheit zur freien Verfügung stehen müssen. Offene Patente, die frei nutzbar sind und weiterentwickelt werden können, sofern diese Entwicklungen ebenfalls frei nutzbar bleiben, müssen im Sinne globaler Gemeingüter gestärkt werden, beispielsweise in den Bereichen Informatik oder Medizin. Solche Politiken können durch verschiedenste Bündnisse einzelner Staaten und zivilgesellschaftlicher Organisationen in Gang gebracht werden, lange bevor eine Verallgemeinerung auf der Ebene globaler Institutionen durchsetzungsfähig ist.

Ganz anders sieht hingegen das neoliberale Programm aus. Erneut wird gegenwärtig eine gewaltige Machtverschiebung zu Gunsten der Konzerne angestrebt. Durchgesetzt werden soll dies mit Handelsverträgen wie TTIP, CETA und TISA. Diese Verträge sollen die Regulierungsmöglichkeiten nationaler (und auch supranationaler) Politik grundlegend einschränken und den Konzernen die Möglichkeit verschaffen, vor internationalen Gerichten Staaten mit Klagen über Milliardenbeträge einzudecken. Ausserdem soll so ein gesellschaftliches Klima der Ohnmacht verstärkt werden, wie es schon seit 30 Jahren gefördert wird:



Gegen die von Konzernen und Finanzeliten durchgesetzte Globalisierung sei keine Gegenwehr möglich, man müsse sich ihr unterwerfen, sich in die globale Konkurrenzschlacht der Standorte um die Gunst der Konzerne stürzen und dabei nationalegoistisch möglichst viel herausholen, ansonsten drohe die Strafe eines ökonomischen Abstiegs. Es gilt, sich einer solchen Politik mit aller Kraft zu widersetzen.

Die meisten Nationalstaaten waren in den letzten 30 Jahren selber Akteure der neoliberal betriebenen Globalisierung. Das muss jedoch nicht so bleiben. Nationalstaaten sind nach wie vor der massgebende Bezugsrahmen der konkreten sozialen und politischen Verhältnisse. Sie bilden auch immer noch das wichtigste Terrain für Kämpfe zur Überwindung der Kapitalherrschaft. Der Spielraum, den sich Nationalstaaten gegenüber der Macht der globalen Konzerne erstreiten können, hängt von den jeweiligen Umständen ab und davon, ob es gelingt, transnationale Bündnisse aufzubauen.

Demokratische Politik sucht in jedem Fall ein Maximum an Gestaltungskraft einzufordern, zu erkämpfen und zu nutzen.

VII. Die Schweiz in Europa und der Welt

Die Zukunft der *Demokratie* ist in der Schweiz eng verknüpft mit der Frage nach dem Verhältnis zu Europa und zur Europäischen Union. Gegenwärtig ist die Politik der EU allerdings neoliberal geprägt und überdies von einer imperialen Machtpolitik durchsetzt, an deren Spitze Deutschland steht und die sich gegen die südliche Peripherie richtet, die aber auch Ansprüche im Osten (Ukraine) und in Afrika reklamiert. Die Schweizer Politik hebt sich davon allerdings nicht positiv ab, im Gegenteil. Die eine wichtige Konfliklinie mit der EU betrifft das Steuerdumping der Schweiz zugunsten der Unternehmen; beim anderen prägenden Konflikt geht es um ein Freiheitsrecht, nämlich um das Recht, in jedem Land arbeiten und leben zu können, in dem ein ausreichender Erwerb erzielt werden kann. Die Personenfreizügigkeit mit den flankierenden Massnahmen verbessert die rechtliche Situation der MigrantInnen aus dem EU-Raum in der Schweiz erheblich, und sie erleichtert es ihnen, rechtlich garantierte Arbeitsbedingungen einzufordern. Andererseits arbeitet jede zwölfte Person mit Schweizer Bürgerrecht (500'000 Leute) im EU-Raum, und für diese Leute ist die Personenfreizügigkeit ebenfalls ein wichtiges Freiheitsrecht.

Die bilateralen Verträge stehen für ein gesellschaftliches Arrangement, in dem dank der flankierenden Massnahmen den Anliegen der Beschäftigten ebenso Rechnung getragen wird wie den Interessen der Unternehmen an der Integration in den EU-Markt. Die flankierenden



Massnahmen gegen Lohndumping haben – bei allen Mängeln in der Durchführung – den kollektiven Schutz der Arbeitsbedingungen verbessert und die Stellung der Gewerkschaften gestärkt. Gesellschafts- und demokratiepolitisch kommt ihrer Wahrung deshalb hohe Priorität zu. Angesichts der grossen Vorbehalte in der Bevölkerung und der gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisse scheint ein Beitritt zur EU für die nächsten 10 bis 15 Jahre keine realistische Option – auch wenn der Beitritt für die Schweiz wohl einen Souveränitätsgewinn und damit mehr Demokratie mit sich bringen würde. Dennoch braucht die Linke in der Schweiz dringend eine klare Haltung gegenüber Europa. Nur auf dieser Grundlage lässt sich eine längerfristige Strategie entwickeln und erfolgreich verfolgen. Aus einer kritischen linken Perspektive sollte Europa konsequent als politisches Projekt, als Ausdruck und Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse verstanden und thematisiert werden. Die europäische Integration ist ein nichtlinearer und konfliktiver Prozess; das reaktionäre ›Europa des Kapitals‹ wird durch progressive Initiativen immer auch herausgefordert und verändert. Natürlich ist die real existierende EU aus linker Sicht nicht das, was wir wollen. Aber sieht es auf nationalstaatlicher Ebene anders aus? In Deutschland, Spanien, Italien, Polen – oder in der Schweiz? Und engagieren wir uns nicht genau deshalb politisch, weil wir mit dem Status quo unzufrieden sind und etwas ändern wollen? Es geht darum, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verändern, auf allen Ebenen. Und es geht darum, dass die Linke angesichts der globalen Herausforderungen nicht hinter ein europäisches Projekt zurückfallen darf. Gerade für eine fortschrittliche Europapolitik, die sich nicht auf technische und institutionelle Fragen beschränkt, gilt es für die Linke, inhaltliche Vorstellungen zu entwickeln, um Europa zu verändern. Zu diesen Vorstellungen gehört auch die Frage nach der Macht und der Machtausübung. *Demokratie* muss ein solches Projekt sein.

VIII. Aktuelle Forderungen und Auseinandersetzungen

An diese europapolitische Ausrichtung schliessen sich eine Reihe wichtiger aktueller Forderungen mit starkem demokratiepolitischem Bezug an. Die Schweiz muss den Paradigmenwechsel zu einer postmigrantischen Gesellschaft vollziehen. Ein Viertel der Bevölkerung hat hier einen Migrationsstatus und über ein Sechstel einen unmittelbaren Migrationshintergrund (erste und zweite Generation). Umso dringender ist es, rechtliche, gesellschaftliche und kulturelle Diskriminierungen aufgrund der Nationalität zu überwinden. Konkret heisst das zum Beispiel: Wer insgesamt zehn Jahre in der Schweiz gelebt hat, muss ein Anrecht auf



das Schweizer Bürgerrecht haben, ebenso all jene Personen, die in der Schweiz geboren worden sind (ius soli). Die geschätzten 100'000 Sans-Papiers müssen legalisiert werden. Die Personenfreizügigkeit ist auf die BürgerInnen von Nicht-EU-Ländern auszudehnen. Die Schweiz muss sich dringend von der Politik eines aggressiven Standortmarketings und Steuerdumpings verabschieden. Die anstehende Reform der Unternehmensbesteuerung böte dafür Gelegenheit. Sämtliche Sonderkonstrukte zur steuerlichen Privilegierung von Unternehmen gehören abgeschafft, und gleichzeitig sind die effektiven Unternehmenssteuern mindestens auf das Niveau der umliegenden Länder anzuheben. Dafür muss unter anderem der interkantonale Steuersenkungswettlauf unterbunden werden. Dies ist auch demokratiepolitisch relevant, denn der Steuersenkungswettbewerb entzieht der öffentlichen Hand Einnahmen und verringert damit auch die politischen Gestaltungsmöglichkeiten. Für die Schweiz ist das Too-big-to-fail-Problem von ganz besonderer Bedeutung. In keinem anderen Flächenstaat haben die systemrelevanten Banken ein derart grosses ökonomisches Gewicht wie hier. Deshalb ist es unerlässlich, dass die Gesellschaft aus ihrer Geiselnhaft befreit wird. Eine solche Befreiung erfordert einschneidende Massnahmen. Die elementaren Finanzdienste (Zahlungsverkehr, Sparkonti, kleine und mittlere Kredite) müssen neu als Service Public konzipiert werden. Für die verbleibenden Geschäfte muss eine Eigenkapitalquote von mindestens 25 Prozent gelten. Nur auf diese Weise kann die fatale Abhängigkeit der Schweiz von den Grossbanken effektiv eliminiert werden.

Die direktdemokratischen Rechte müssen erhalten bleiben und auf nationaler Ebene durch eine Gesetzesinitiative sowie durch das konstruktive Referendum ergänzt werden. Handelsverträge, die die Macht der internationalen Konzerne auf Kosten der demokratischen Einflussnahme verstärken, sind abzulehnen, und entsprechende Verhandlungen müssen uneingeschränkt transparent geführt werden. Handelsverträge müssen deshalb zwingend einer Volksabstimmung unterbreitet werden.

Demokratie braucht autonome Individuen. Aktuell werden Autonomie und Privatsphäre der Individuen in verschiedener Hinsicht bedroht: durch Überwachung, Intransparenz und Manipulation im Internet, in den sozialen Netzen und in der elektronischen Kommunikation. Zum einen werden die Grundrechte durch staatliche Überwachungsmassnahmen eingeschränkt, zum anderen sind es vor allem die Interessen des Kapitals, die das Internet mehr und mehr zu einer Gefahr für die individuelle Selbstbestimmung und den demokratischen Aufbau der Gesellschaft machen. Es gilt demokratische Verfahren und Regeln zu finden und durchzusetzen, um das Gebaren der Nachrichtendienste



und der Internet-Grosskonzerne in die Schranken zu weisen. Die »informationelle Selbstbestimmung« soll dabei als handlungsleitendes Konzept dienen. Autonomie lässt sich aber nicht allein durch Gesetze erlangen. Sie erfordert insbesondere auch den Widerstand gegen die gefährlichen Verheissungen einer Welt, in der Algorithmen und intelligente Maschinen uns immer mehr Entscheidungen abnehmen, unsere Körper und Psychen durchdringen (Internet der Dinge, Biokapitalismus) und uns damit letztlich zu entmündigen drohen.